

Autonomie des Rechts nach 1945

Herausgegeben von
Joachim Rückert
und Lutz Raphael



Mohr Siebeck

Autonomie des Rechts nach 1945



Autonomie des Rechts nach 1945

Eine Veröffentlichung
aus dem Arbeitskreis für Rechtswissenschaft
und Zeitgeschichte an der Akademie der
Wissenschaften und der Literatur | Mainz

Herausgegeben von
Joachim Rückert und Lutz Raphael

Mohr Siebeck

Joachim Rückert, geboren 1945 in Oberbayern; Studium an der FU Berlin, in Tübingen und München; dort Promotion 1972; Habilitation 1982; 1984 bis 1993 ordentlicher Professor für Zivilrecht und Rechtsgeschichte an der Universität Hannover, 1993 bis 2010 an der Goethe Universität Frankfurt am Main.

Lutz Raphael, geboren 1955 in Essen; Studium in Münster und Paris; Promotion 1984; Habilitation 1994; seit 1996 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier.

Gedruckt mit Unterstützung der Walter und Sibylle Kalkhof-Rose-Stiftung

ISBN 978-3-16-158928-7 / eISBN 978-3-16-158929-4
DOI 10.1628/978-3-16-158929-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Martin Fischer in Tübingen aus der Garamond gesetzt und von Hubert & Co. in Göttingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Eine gewisse Autonomie des Rechts erscheint selbstverständlich. Die Richter erfreuen sich sachlicher und persönlicher Unabhängigkeit, die Gesetze sind nicht mehr in Stein gemeißelt, aber doch förmlich gedruckt, die Juristenprofession spricht ihre Fachsprache und für die Laien wirkt das alles sehr selbstständig. Man kann das beklagen als abgehoben und doch ganz politikabhängig oder loben als verfachlicht und einigermmaßen neutralisierend. Das Phänomen ist freilich empirisch wenig erforscht und schon gar nicht für die jüngste Zeitgeschichte. Eine gewisse Modewelle in den 1980er Jahren und der Systemtheorie hatte sich bald verlaufen.

Anzumerken ist, dass das Thema in der gängigen zeithistorischen Perspektive im Kern auf die Diktaturforschung beschränkt bleibt. Ob bei der Erforschung des NS-Regimes, faschistischer Regime oder sozialistischer Diktaturen, die Instrumentalisierung des Rechts und die politische Kontrolle der Juristen spielen regelmäßig eine Rolle. Das Thema verschwindet aber weitgehend aus dem Blickfeld der Zeithistorie, wenn es sich um liberale Demokratien handelt.

Für sie wird das Thema angesichts der Grundstruktur ihrer politischen Verfassungsordnung als randständig unterstellt, weil gewissermaßen institutionell so fest verankert, dass historische Veränderungen kaum eine Rolle spielen. So sind denn auch die Entwicklungen seit dem

Zweiten Weltkrieg eher von den Spezialisten, sprich den Rechts- und Verfassungshistorikern, als den Historikern untersucht worden. Die sich wandelnden Beziehungen zwischen Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft harren also noch der interdisziplinären Bearbeitung.

Der Mainzer Arbeitskreis für Rechtswissenschaft und Zeitgeschichte hat sich das Thema daher auf seiner Sitzung im Juni 2018 vorgenommen. Es wurde vorbereitet von Lutz Raphael und Joachim Rückert. Der vorliegende Band präsentiert die Ergebnisse. Der Arbeitskreis will zwei Disziplinen intensiver ins Gespräch bringen. Daher konzentriert er sich nicht auf längere Vorträge und Abhandlungen, sondern auf relativ knappe Impulse und Kommentare sowie genauere Diskussionen. Zur Vorbereitung wird jeweils ein Reader erstellt. Er betraf diesmal das Thema Autonomie des Rechts generell und dann seine Ausprägungen in den Bereichen Diktaturen, Strafrecht, Staatsangehörigkeit, Arbeit und Wirtschaft und europäische Integration. Diese Auswahl ist vor allem auch personell bedingt, da die Mitglieder selbst die Tagungen tragen. Ein nicht ganz kleines Vorbereitungspapier führte etwas ausführlicher in die Fragestellung und den Forschungsstand ein. Es ist nun im Wesentlichen ans Ende dieses Bandes gestellt worden.

„Der Arbeitskreis stellt sich die Aufgabe, den Zusammenhang von rechtlichem, politischem und gesellschaftlichem Geschehen in den verschiedenen Phasen des 20. Jahrhunderts sichtbar zu machen“ – so wurde es im Vorwort seines ersten Bandes zum Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, der 2015 erschienen ist, formuliert. Das Anliegen wurde seitdem in jährlichen Sitzungen fortgeführt, weitere Bände sind in Vorbereitung.

Möge auch dieser Band zeigen, wie fruchtbar und wichtig diese fachliche Zusammenarbeit sein kann. Das Feld der Zeitgeschichte ist weit und eine Brille genügt nicht, um es einigermaßen zu überblicken.

Wir danken der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur ebenso wie allen Mitgliedern, die den Dialog kräftig gefördert haben.

Trier und Frankfurt im Mai 2019

*Lutz Raphael
und Joachim Rückert*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII

Matthias Jestaedt

Die Eigengesetzlichkeit des Rechts. Normativität, Kausalität und die Antwort der Verfassung	1
--	---

Anselm Doering-Manteuffel

Kommentar zu Matthias Jestaedt	25
--------------------------------------	----

Christina Globke

Strafgesetzgebung und Terrorismus. Staatliche Reaktionen auf ein komplexes Phänomen am Beispiel der RAF	33
---	----

Margit Szöllösi-Janze

Kommentar zu Christina Globke	63
-------------------------------------	----

Frieder Günther

Autonomie im Recht der DDR	77
----------------------------------	----

Ute Schneider

Kommentar zu Frieder Günther	89
------------------------------------	----

Dieter Gosewinkel

Autonomie des Gesetzesrechts?

Das Beispiel des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts
im 20. Jahrhundert 101

Frank Schorkopf

Kommentar zu Dieter Gosewinkel 115

Jan Thiessen

Richterliche Fortbildung des Wirtschaftsrechts –
zwischen Autonomie und Abhängigkeit im

historischen Kontext 121

Kiran Klaus Patel

Kommentar zu Jan Thiessen 143

Lutz Raphael

Krise und Stabilisierung des Tarifvertragssystems
in der Bundesrepublik 1980–2005. Autonomie des

Arbeitsrechts gegenüber Wirtschaft und Politik? . . . 151

Joachim Rückert

Kommentar zu Lutz Raphael 175

Michael Wildt

Autonomie des Rechts im Nationalsozialismus?

Ein Diskussionsbeitrag 185

Oliver Lepsius

Kommentar zu Michael Wildt 195

Kiran Klaus Patel

Rechtsautonomie in der Geschichte
der Europäischen Union 209

Hans Christian Röhl

Kommentar zu Kiran Klaus Patel 225

Joachim Rückert

Autonomie des Rechts nach 1945.
Perspektiven einer interdisziplinären Sondierung ... 235

Literaturverzeichnis 271

Register 297

Abkürzungen

AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AJSoc	American Journal of Sociology
BArch	Bundesarchiv
BeckOK StGB	Beck Online-Kommentar zum Strafgesetzbuch
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
E	Entscheidungen (des Bundesverfassungsgerichts)
ECLR	European Constitutional Law Review
GG	Grundgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HRRS	Höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
ICC	International Criminal Court
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
JA	Juristische Ausbildung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
KJ	Kritische Justiz
KK-StPO	Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MüKo-StPO	Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rg	Rechtsgeschichte. Zeitschrift des Max Planck- Instituts für europäische Rechtsgeschichte
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn	Randnummer
Slg	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
SK-StPO	Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
WLR	Weekly Law Reports
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZRPH	Zeitschrift für Rechtsphilosophie

Die Eigengesetzlichkeit des Rechts

Normativität, Kausalität
und die Antwort der Verfassung¹

Matthias Jestaedt

1. Autonomie – welche Autonomie?

Wer sich anschickt, ein Konzept von Autonomie oder, in wörtlicher Übersetzung des griechischen Lehnworts, auch Eigengesetzlichkeit *des Rechts* zu entwickeln und zu entfalten, tut gut daran, sich zunächst zu vergewissern, welche Eigenschaft oder Qualität mit Autonomie bzw. Eigengesetzlichkeit auf den Begriff gebracht werden soll. Das freilich ist keinesfalls eine triviale Unternehmung, erweist sich doch Autonomie als ein schillerndes und vielschichtiges, vielfältig und sinnvariabel eingesetztes Konzept. Dessen Inhalt variiert namentlich nach dem (disziplinären) Sprachspiel, in dem es Verwendung findet. So steht und fällt ein wissenschaftlich seriöses Sprechen über Autonomie damit, die konkreten Verwendungsweisen zu identifizieren, zu reflektieren und zu markieren.

¹ Anmerkungen sind hier auf ein Mindestmaß reduziert. Neben Hinweisen auf Klassikertexte erlaube ich mir, zur Entlastung des Anmerkungsapparates und zur Abkürzung der Darstellung auf einige eigene Arbeiten hinzuweisen, in denen sich die hier zusammengefassten Gedankengänge entfaltet und mit Nachweisen versehen finden.

Autonomie als relationale Eigenschaft

In einer ersten Annäherung an das Begriffs- und Bedeutungsfeld der Autonomie können Synonyma benannt werden. Als solche können – freilich ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit und durchaus mit nicht voll- auf kongruentem Bedeutungsfeld – gelten: Unabhängigkeit, (Entscheidungs- oder Selbstbestimmungs-)Freiheit, Selbstbestimmtheit oder Selbständigkeit, Eigensteuerung oder eben auch Eigengesetzlichkeit. Gegenbegriff ist die Heteronomie oder auch Fremdsteuerung. Unbeschadet aller Uneindeutigkeit und Vielfalt der Verwendungsweisen besteht doch, bewusst oder unbewusst, Einigkeit darüber, dass es sich bei Autonomie (wie bei Heteronomie) um eine *relationale* Eigenschaft handelt, anders gewendet: um eine Qualität oder Eigenschaft eines als autonom zu Qualifizierenden *in der Beziehung zu* (einem) anderen Bestimmungsfaktor(en).

Autonomie wird als Eigenschaft in Bezug auf Beziehungen nahezu jedweder Art ausgesagt – und dementsprechend in zahlreichen Disziplinen wie der Geschichtswissenschaft, der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Psychologie, der Pädagogik, der Jurisprudenz, aber auch in der Neurologie, der Reproduktionsmedizin und den Technikwissenschaften verwendet. Es dürfte kaum eine Disziplin geben, die nicht in der einen oder anderen Weise sich des Begriffs bedient. So ist etwa die Rede von der Autonomie des Willens, vom autonomen Handeln, von Autonomen Regionen oder Gemeinschaften, vom autonomen Nervensystem, vom autonomen Fahren oder von der reproduktiven Autonomie. Dabei ist unschwer zu erkennen, dass mit Autonomie oder autonom nicht stets Sinnidentisches gemeint ist. Eine erste wichtige – und für

unsere Überlegungen folgenreiche – Unterscheidung ist die nach der Art der Beziehungen, die als autonom qualifiziert werden (sollen). So lassen sich Beziehungen einteilen in kausale, insbesondere empirisch verifizierbare Relationen einerseits und normative, nicht dem Kausalgesetz unterliegende Relationen andererseits.

Autonomie als präskriptives und als deskriptives Konzept

Im *eigentlichen* und engeren Sinne (im Englischen steht dafür die feinsinnige Wendung „properly so-called“ zur Verfügung) ist Autonomie – wie die verwandten Konzepte der Freiheit oder der Souveränität,² aber auch der Schuld und der Verantwortung – ein normatives Konzept. Sie sagt also etwas über normative Relationen, über ein Sollen und nicht ein Sein aus. Autonomie *sensu stricto* formuliert also einen Anspruch (Autonomie im präskriptiven Sinne). Wenn in faktenkonstituierten Kausalbeziehungen von Autonomie (wie von Freiheit, Souveränität, Schuld, Verantwortung) gesprochen wird, ist damit demgegenüber ein *uneigentliches* Verständnis, eine analoge Sprechweise von Autonomie gemeint (Autonomie im deskriptiven Sinne): Denn in der Welt der Fakten und der Kausalität lassen sich weder Freiheit noch Autonomie noch Souveränität (noch Schuld noch Verantwortung) *sensu stricto* nachweisen, behaupten sie doch mit dem „Ich kann so, aber auch anders – es ist meine Entscheidung“ nichts weniger als die Disponibilität oder auch die Kontingenz des

² Pars pro toto am Beispiel der Souveränität ausbuchstabiert: Hans Kelsen, Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts (1920), in: Matthias Jestaedt (Hg.), *Hans Kelsen Werke*, Bd. 4, Tübingen 2013, 235–572, hier 280–286, 352–360.

Ursache-Wirkung-Nexus. Das aber bedeutet, zugespitzt formuliert, nichts anderes als die Außerkraftsetzung oder Leugnung oder doch wenigstens partielle Nichtgeltung des Kausalprinzips (wobei dahingestellt bleibe, wie man sich eine partielle Nichtgeltung des Kausalprinzips vorzustellen habe).

Hybride Konzepte

Das hindert nicht, dass vielfältig hybride – präskriptive wie deskriptive Elemente verquickende, also Autonomie im normativen und im empirischen Sinne verkoppelnde – Autonomie-Begriffe Verwendung finden. Die erkenntnistheoretische Idee hinter solch' einem multiperspektivischen Zugang dürfte regelmäßig sein, dass die Vielfalt der (auch disziplinär) unterschiedlichen Perspektiven, die im Gang um ein und dieselbe Sache zu erzielen sind, die Sichtbegrenzungen („blinden Flecke“), Verzerrungen und die Zweidimensionalität, die jeder einzelnen Perspektive anhaften, auszugleichen imstande ist, weil und indem sich die Einzel-Perspektiven zu einer 360 Grad-Gesamt-Perspektive addieren lassen. So erstrebenswert eine solche ganzheitliche, also holistische Hoffnung auch sein mag: Sie leidet daran, dass sie sich erkenntnistheoretisch nicht verifizieren lässt. Oder anders ausgedrückt: Was sich als Perspektivenvielfalt auf denselben Gegenstand ausgibt, ist tatsächlich ein Nebeneinander von Perspektiven auf eine Vielzahl unterschiedlicher, lediglich homonym bezeichneter Gegenstände, die dazu führt, inkommensurable Erkenntnisse in einem Schlussfolgerungs- und Bewertungszusammenhang zu konfundieren.

Hinter den Basissatz der Epistemologie, dass das Erkenntnisverfahren (d.i. die durch ihre Fragerichtung be-

stimmte Methode) den Erkenntnisgegenstand in dem Sinne epistemisch konstituiert, als das Was der Erkenntnis in strikter Abhängigkeit zum Wie der Erkenntnis steht, führt kein Weg zurück.³ Unterschiedliche Methoden – und nichts anderes verbirgt sich hinter den oben angesprochenen Perspektiven – führen zu unterschiedlichen Gegenständen. Wer nach dem Recht in seiner spezifisch normativen Dimension, jener der Geltung, fragt, der erhält einen anderen Begriff von Recht als jener, der nach dem Recht als politischer Machtfaktor fragt, als ökonomischer Standortfaktor, als sozial(-motivational)es Steuerungsmedium oder aber nach den kontingenten genealogischen Prozessen, die zu bestimmten autoritativen Regulierungen geführt haben. In allen Kontexten lässt sich trefflich von „Recht“ sprechen – und doch meint es jeweils Spezifisches. Genaugenommen entspricht der Anzahl der Erkenntnisverfahren die Anzahl der Erkenntnisgegenstände, führen die vielen, auf das Recht als Gegenstand bezogenen (und durch ihre jeweils spezifische Fragerichtung und Methode gekennzeichneten) Disziplinen zu entsprechend vielen Rechts-Begriffen, die sich mangels einer universalwissenschaftlich-methodischen Klammer nicht zu einem Ganzen amalgamieren lassen.

Die absichtsvolle Verbindung oder auch unabsichtliche Nichttrennung der Verwendungsweisen von Autonomie im eigentlichen und Autonomie im lediglich übertragenen Sinne stellt einen Paradefall dessen dar, was im Alltagssprachgebrauch als der Vergleich von Äpfeln mit Birnen

³ Dazu Oliver Lepsius, Erkenntnisgegenstand und Erkenntnisverfahren in den Geisteswissenschaften der Weimarer Republik, *Ius Commune. Zeitschrift für Europäische Rechtsgeschichte* 22 (1995), 283–310.

gebrandmarkt und von *Hans Kelsen* mit dem Verdikt des „Methodensynkretismus“⁴ belegt wird: nämlich der Konfusion von kausal- und normwissenschaftlichen Aussagen, also der Vermengung und Verrechnung von Erkenntnissen inkompatibler, nicht mit denselben Maßstäben (*obiectum quo*) arbeitender, nicht denselben Gegenstand (*obiectum quod*) betreffender und daher nicht ineinander übersetzbarer oder untereinander verrechenbarer Validierungssysteme.

2. Die Eigengesetzlichkeit des (positiven) Rechts

Worum es bei der Eigengesetzlichkeit des Rechts nicht geht

Bevor wir uns nun der Eigengesetzlichkeit des Rechts zuwenden, sei, um Missverständnisse zu vermeiden und allfällige Erwartungen nicht zu enttäuschen, unterstrichen, worum es im Folgenden *nicht* gehen wird:

(1) Es geht erstens nicht um die Autonomie (Eigengesetzlichkeit) *im* Recht.⁵ Wir betrachten also nicht Autonomie als (Regelungs-)Gegenstand des Rechts, in diesem Sinne: als Rechts(inhalts)begriff. Die Privatautonomie – der Privatrecht(swissenschaft)ler wichtigstes Paradigma – wäre etwa ein solcher Kandidat von Autonomie im Recht. Entsprechendes lässt sich auch für die grundrechtlich verbürgte Selbstbestimmungsfreiheit in puncto personale Identität, Kommunikation, Religion, Kunst, Eigentum usf.

⁴ Vgl. exemplarisch Hans Kelsen, *Reine Rechtslehre* (1934), Studienausgabe, Tübingen 2017, 21 f.

⁵ Dazu jüngst der Sammelband von Christian Bumke u. a. (Hgg.), *Autonomie im Recht*, Tübingen 2017.

sagen. Sondern es geht um die Autonomie (Eigengesetzlichkeit) als Eigenschaft des Rechts selbst.

(2) Es dreht sich, zweitens, auch nicht um die Autonomie (Eigengesetzlichkeit) der *Rechtswissenschaft*, wenngleich hier natürlich mehr als nur akzidentielle Berührungen bestehen.⁶ Die Autonomie der Rechtswissenschaft wäre ebenso gegenüber ihrem Objekt, dem Recht, zu begründen (Autonomie der Rechtswissenschaft gegenüber der Rechtspraxis) wie gegenüber sonstigen auf das Recht als zu untersuchendes Phänomen bezogenen nachbarwissenschaftlichen Zugängen etwa der Politologie, der Soziologie oder eben auch der Geschichtswissenschaft (disziplinäre Autonomie der Rechtswissenschaften gegenüber sonstigen Wissenschaften). Zu berücksichtigen wäre bei Aussagen zur disziplinären Autonomie, dass mit Rechtswissenschaft einmal die dogmatisch arbeitende, auf die Rechtsteilnehmersicht (etwa des Richters oder des Gesetzgebers) hin ausgerichtete Jurisprudenz gemeint sein kann – Rechtswissenschaft und Rechtsdogmatik würden dann in eins gesetzt; gemeint sein könnte indes auch ein weiteres Verständnis von Rechtswissenschaft – genauer: von Rechtswissenschaften –, welches eine Mehrzahl juridischer Sub-Disziplinen wie insonderheit die Rechtsdogmatik und die Rechtsmethodik, die Rechtsphilosophie und die Rechtstheorie, die Rechtsgeschichte und die Rechtssoziologie umfasste. In der ersten Verwendungswiese von Rechtswissenschaft ließe sich ein Konzept disziplinärer Autonomie ohne große Differenzierungen und Vorbehalte begründen; bei der zweiten Verwendungswiese wäre dies schon mit Rücksicht darauf, dass einzelne

⁶ Näher dazu Matthias Jestaedt, *Wissenschaft im Recht*, in: *JZ* 69 (2014), 1–12.

rechtswissenschaftliche Subdisziplinen mehr oder minder große Überschneidungen mit ihren nicht auf das Recht als Erkenntnisgegenstand reduzierten Mutterdisziplinen (Rechtsgeschichte–Geschichtswissenschaft; Rechtsphilosophie–Philosophie usw.) aufweisen, nicht möglich.

(3) Drittens wird, wenn im Folgenden ein Konzept von Autonomie oder Eigengesetzlichkeit des Rechts im eigentlichen, im normativen Sinne entfaltet wird, nicht der Anspruch erhoben, dass es sich dabei um das einzig mögliche, das allseits konsentiert oder doch wenigstens ein ganz mehrheitlich in der Rechtswissenschaft akzeptiertes Modell handle; ein derartiges Konzept existiert (derzeit und absehbar) nicht. Das lässt sich leicht erklären, hängen doch Eigengesetzlichkeit und Rechtsbegriff aufs engste zusammen. Zu letzterem aber besteht kein Konsens.⁷ Man kann sogar noch stärker formulieren: Wer einen nicht-positivistischen Rechtsbegriff wählt, d.h. einen Rechtsbegriff, der nicht exklusiv auf ein bestimmtes institutionalisiertes (und gegebenenfalls mit rechtsinhaltlichen Kautelen ausgestattetes) Setzungsverfahren abstellt, sondern die Übereinstimmung mit rechtstranszendenten Werten wie Gerechtigkeit oder (einer bestimmten) Moral für begriffswesentlich hält, verneint damit wenigstens einschliessweise bereits die Eigengesetzlichkeit des Rechts (zumindest in einem zentralen Punkt). – Damit ist gewissermaßen *pari passu* zum Ausdruck gebracht, dass, wenn im Folgenden von Eigengesetzlichkeit des Rechts die Rede ist, ausschliesslich das sogenannte *positive* Recht in Bezug genommen wird, also jene Rechtssätze, die nach

⁷ Dazu diskursprägend und einen non-positivistischen Rechtsbegriff zugrunde legend: Robert Alexy, *Begriff und Geltung des Rechts* (1992), Freiburg ⁵2011.

Maßgabe positivrechtlicher Vorgaben institutioneller, prozeduraler, kompetenzieller und materieller Natur von Menschen „gesetzt“, sprich: erzeugt worden sind.

*Eigengesetzlichkeit als kontingente Eigenschaft
des positiven Rechts*

Eigengesetzlichkeit *des* Rechts ist keine begriffsnotwendige Eigenschaft von Recht überhaupt. Sie figuriert also nicht als notwendiges, kontextinvariantes Definitionselement des Rechtsbegriffs und macht folglich nicht die Rechtlichkeit von (jedwedem) Recht aus. Vielmehr ist sie kontingenter Natur, sprich: Ausdruck und Folge eines bestimmten historisch-soziopolitischen Prozesses, den man nach der einen Seite hin als soziale Ausdifferenzierung⁸ und nach der anderen Seite hin als Säkularisierungsvorgang charakterisieren kann; dabei spielt es keine Rolle, wie linear und monokausal das Prozessgeschehen imaginiert oder auch konstruiert wird, wohl aber, dass ein bestimmtes Stadium von Ausdifferenzierung und Säkularisierung erreicht ist. Markiert aber Eigengesetzlichkeit keine rechtskonstitutive Eigenschaft von Recht, können auch Normenordnungen den Anspruch, Recht zu sein, erheben, denen das, was wir als Eigengesetzlichkeit bezeichnen wollen, abgeht; nicht-autonomes, nicht-eigengesetzliches Recht ist dementsprechend keine *contradictio in adiecto*.

Sehen wir genauer hin, so stellt Eigengesetzlichkeit, zumindest in entwicklungsgeschichtlicher Perspektive, den (sogleich näher zu entfaltenden) Anspruch dar, den das positive Recht moderner freiheitlicher Ordnungen erhebt.

⁸ Richtungweisend: Niklas Luhmann, *Ausdifferenzierung des Rechts*, Frankfurt am Main 1999.

Damit wird zwar keine Kausalität zwischen beiden behauptet, aber die Freiheitlichkeit einer Rechtsordnung und die Eigengesetzlichkeit des Rechts stehen doch wenigstens in einer historisch belegbaren Korrelation. Der Rechtsbegriff, der dies am ehesten abbilden dürfte, dürfte jener sein, der sich durch eine spezifische Kombination der Antworten auf die Inbezugsetzung von Sein und Sollen einerseits und Recht und Moral andererseits auszeichnet, die die Koinzidenz von Positivität und Normativität des Rechts herausstreicht und daher als (rechts)positivistisch-normativistisch charakterisiert wird:⁹ Er ist positivistisch, ohne naturalistisch zu sein (kein Recht ohne Fakten, aber keine Reduzierung von Recht auf Fakten), und er ist zugleich normativistisch, ohne moralistisch zu sein (Normerzeugung nur nach Maßgabe von Normen, aber dabei kein Rückgriff auf außerrechtliche Normen).

Auf das Knappste reduziert, verkörpert das Sprechen von der Eigengesetzlichkeit des positiven Rechts einen doppelten Anspruch: Nämlich, zum einen und gleichsam nach außen gewendet, den Anspruch, dass das Recht allein und abschließend bestimmt, wie Recht entsteht und vergeht, was also als Recht anzusehen ist – und was nicht. An den (positiv)rechtlich dafür vorgesehenen Institutionen, Prozeduren und Kompetenzen vorbei kann keine Norm zu einer Rechtsnorm der betreffenden Rechtsordnung werden. Und zum anderen und gleichsam nach innen gewendet formuliert die Eigengesetzlichkeit des Rechts den Anspruch, dass die Akteure des Rechtssystems – der Gesetzgeber, die Verwaltung, die Gerichtsbarkeit, aber auch wir alle, wenn wir beispielsweise als Verkäufer und

⁹ Näher: Matthias Jestaedt, *Reine Rechtslehre*, in: Hans Kelsen, *Reine Rechtslehre* (1934), Tübingen 2008, XI–LXVI (XXX–XXXIII).

Register

- Abendland-Ideologie 29 f
Abwägung 136, 253, 262
Adenauer, Konrad 127, 139
Algerien 222
Allgemeines Bürgerliches
Gesetzbuch (1811) 255
Allgemeines Landrecht (1794)
255 f
Antihistorismus 28 f
Antisemitismus 29, 189
Arbeitnehmer(-verbände)
siehe Unternehmen
Arbeitsbeziehungen 151, 152,
155 f, 160, 163 f, 167, 169,
173, 176
„Arbeitserziehung“ 85
Arbeitsgericht 151, 154, 161,
170, 172, 177, 249
Arbeitsgerichtsgesetz von
1926 154, 176, 248
Arbeitsrecht, kollektives
151 f, 154, 156, 159, 171,
173, 176–181, 183, 236, 247 f
– ~wissenschaft 150–152,
157, 164, 171 f
– Professuren 160
– Günstigkeitsprinzip 165,
169
– Kontinuitäten 26, 145, 176,
177, 178
Arbeitsrichter 151, 155, 158,
160, 171 f
„Arbeitsscheue“ 85
„Asoziale“ 84 f, 281, 283
Aufklärung(stration) 30
Aufwertung (Recht-
sprechung) 130, 146, 147
Auslegung d. Rechts 193
– Interpretation 86 196
– normative A. 253
Ausnahmезustand 56, 58,
60, 187
Ausschluss von Gesellschaf-
tern, von Minderheits-
aktionären 135, 136, 138,
147
Aussperrung 152, 156
autonome Rechtsquelle 226
Autonomie des Rechts I, III,
V f, X f, 11 f, 34, 38, 63, 65,
75, 77–82, 88–90, 93, 96,
101 f, 104, 115–118, 140,
146, 148, 150, 152, 170 f,
175, 178–181, 184, 185, 187,
189, 191, 193–195, 197, 205,
209 f, 213, 215, 222–224,
227 f, 231 f, 235–237, 239,
241–243, 245, 247, 249–251,
253, 255, 257, 259, 261, 263,
265–267, 269

- präskriptiv, als normative Idee der Rechtsautonomie 3, 4, 8, 12, 58, 156, 171, 235, 236, 237, 238
- deskriptiv, als empirisch-kausal 3, 4, 6, 9, 20, 25, 26, 29, 58, 59, 64, 125, 146, 158, 172, 185, 204, 210, 218, 231, 237, 251, 253, 263, 265, 268
- volle A. 242
- relative A. 88, 110, 242
- „schwache“ in der EU
- schwache Form 74, 108, 113, 214–216
- Grade von A. IX, 6, 77, 79, 81, 83, 85, 87f, 110, 242, 273
- konkrete historische Typen 209, 237, 238, 240, 242, 244
- prozedurale 103, 116, 117, 179, 180, 181, 183, 184, 248, 261, 269
- durch Verfahren 116, 117, 184, 243, 260
- als autonome Diskursgemeinschaft 226, 227
- als Rechtsfigur des geltenden Rechts 221, 225–228, 231
- als Privatautonomie 6, 197, 198
- des Gesetzesrechts generell X, 101, 103, 104, 105, 107, 109, 111, 113, 115, 117
- des europäischen Gemeinschaftsrechts 213, 224, 225, 226, 231
- der Rechtswissenschaft 7, 101
- der Richter und Gerichte 80, 148f, 254–256
- des Gesetzgebers, der Gesetzgebung 7, 35, 52, 102, 103, 202, 243, 249, 259, 260
- als funktionelle Logik des Rechts 117
- als politische Gegenkraft 170, 175, 181
- als Berufsfeld 171
- und Politik / Politisierung 2, 11, 61, 74, 78, 80, 90, 99f, 117, 151, 172, 175, 194f, 202, 229, 236f, 243, 252, 254, 260–262
- Autopoiesis 12, 13, 20
- Baader, Andreas 34, 49, 67, 73, 75
- Babelsberger Konferenz (1958) 90, 91, 93
- Bailleux, Julie 214
- Baum, Gerhart 57, 272
- Benjamin, Hilde 245
- Betriebsrats(gesetz) 153, 155, 164, 168, 176, 177, 183
- Bourdieu, Pierre 159, 212, 215–217, 244
- Bundesanwaltschaft 49, 68
- Bundesarbeitsgericht (BAG) 156, 161, 171
- Bundesarbeitsgericht 155, 160, 169, 248, 263
- Bundesgerichtshof XIII, 22, 121, 125, 136, 137, 138, 262

- Bundesrepublik Deutschland X, 21, 28, 30 f, 33 f, 36 f, 46, 49, 63, 64, 66, 68 f, 82, 87, 96, 99, 105–111, 118, 123, 151, 153 f, 156, 158, 160, 163, 170, 172 f, 175 f, 219
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG) VI, XIII, 22 f, 35, 43, 56, 95, 104, 108, 116, 118, 119, 125 f, 138 f, 202, 226, 230, 251, 253, 259, 261
- Lüth-Urteil 1958 261
- Bundesverwaltungsgericht 22
- Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) XIII, 128, 129, 132, 133, 134, 136, 176, 177, 179, 190, 249, 250, 251, 254, 255, 258, 259, 264
- CDU 105, 110, 111
- champ juridique (européen) *siehe* juristisches Feld
- Chruschtschow, Nikita 139
- Code civil 255
- Cohen, Antonin 214, 274
- Croissant, Klaus 69 f, 75
- Daseinsvorsorge 261
- DDR
- ~Verfassung 79, 115
- ~Gerichte 81
- Justizministerium 83, 85, 98, 99, 100
- Innenministerium 84, 85, 87
- Staatsbürgerschaft 115, 118
- Ministerium für Staatssicherheit 84, 85
- Demokratie V, 26, 29, 30, 102, 111, 112, 120, 127, 170, 173, 180, 188, 199, 226, 243
- deutsch-deutsche Rechtsbeziehungen 95
- Deutscher Reichstag 106, 189, 246, 257, 258
- Deutscher Bundestag 38, 91, 93, 103, 108, 111, 155, 157, 254, 259
- Dienstvertrag 179, 252
- Diktatur V, VI, 32, 66, 91, 93, 108, 112, 113, 147, 193, 236, 238, 239, 240, 246, 256, 258
- „Doppelstaat“ 185–187, 190 f, 258
- Ehrlich, Eugen 144
- Einbürgerung 106, 109, 112, 118, 119, 120
- Eisenhower, Dwight D. 139
- England *siehe* Großbritannien
- Ensslin, Gudrun 49, 67, 73
- Entdifferenzierung 88
- Erbrecht
- DDR 94
- Erkenntnistheorie, ~verfahren 4, 5, 25, 26, 32
- Ermächtigungsgesetz 187, 188
- Erster Weltkrieg 28, 31, 107, 130
- Europa 25, 29, 30, 31, 110, 127, 179, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 238, 265
- Europäische Union XI, 127, 169, 209, 210, 211, 212, 213,

- 214, 215, 217, 219, 221, 223, 225, 228, 232
- Gemeinschaftsrecht 218, 220, 225, 226, 228, 229, 230, 231
 - Europäische Kommission 213, 219, 220, 223, 227
 - Luxemburger Kompromiss von 1966 222, 223, 229
 - Vorrang des Gemeinschaftsrechts 228, 229, 230, 231
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) XIV, 211, 213, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 225, 227, 228, 231
- Urteil *Gend en Loos* 1963 212, 218, 219, 220, 221, 225, 228
 - Urteil *Costa/E. N. E. L.*, 1964 221, 225, 226, 228
 - Urteil *Kadi* 2005 224
- Evangelische Kirche, EKD 31
- Ewigkeitsklausel in Art. 79 Abs. 3 GG 260
- Familienrecht 98, 100, 197, 198, 249, 251
- Faschismus V, 32
- FDP 105, 110, 156
- Fédération internationale pour le droit européen (FIDE) 220
- Feindstrafrecht 58, 59, 279, 280
- Finanzkrise 2008/2009 153, 161
- Flächentarifverträgen 152, 153, 163, 167, 169
- Flick, Friedrich 138f
- Fraenkel, Ernst 185, 186, 187, 188, 190, 191, 192, 193, 205, 258
- Frankreich 29, 107, 109, 182, 211, 220, 222, 230, 256, 259
- Führerbefehle 204, 206
- Gadamer, Hans-Georg 18, 277
- Gaudet, Michel 220
- Gefängnis 66, 70
- Geiger, Theodor 144
- Gemeinwohlformeln 190, 205f, 292
- Gerechtigkeit 8, 26, 80f, 83, 121, 123f, 130, 132, 146, 189, 247, 252, 256
- ~kritik 267
- Gerichtsverfassungsrecht 258
- Geschichtsdenken 28
- Geschichtsschreibung 147, 172
- Geschichtswissenschaft 2, 7, 8, 25, 26, 27, 29, 31, 63, 64, 65, 91, 149, 152, 224, 237
- Gesellschaft VI, 25, 27–29, 32, 37–39, 48, 58f, 63, 74f, 78f, 83–87, 90, 93f, 101, 103, 105, 108–113, 116f, 120, 161, 172, 176, 187, 189, 195, 200, 227, 235, 237f, 240, 243, 246, 248–254, 268
- Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ 189

- Gesetzespositivismus 206, 261, *siehe auch* Rechtspositivismus
 Gesetzesrecht 21 f, 101–105, 113, 115, 117, 201, 206, 247, 249, 261
 Gesetzgeber, ~gebung VI, 7, 10, 14, 33, 35, 41–43, 45, 48, 50–52, 56 f, 60 f, 63, 86, 93, 102–103, 107, 113, 116 f, 119 f, 132, 138 f, 141, 151, 155–157, 166–168, 170, 264 f, 267
 Gestapo 188, 192
 Gewaltmonopol 39, 41, 58
 Gewerberecht 179
 Gewerkschaften 162–166, 168, 170–172, 177, 182
 Gewohnheitsrecht 249, 250, 254
 Globalisierung 32, 127, 162
 Göring, Hermann 190–192
 Gosewinkel, Dieter 115, 117
 Groenewold, Kurt 69
 Großbritannien 98, 100, 109, 169
 Grundrechte 6, 18, 21, 23, 31, 123, 155, 200, 230, 253, 261 f, 264
 Grüne, Bündnis90/Die Grünen 105, 111
 Günther, Frieder 92 f, 95, 97, 238

 Haager Gerichtshof 26
 Habermas, Jürgen 181, 242, 261
 Hallstein, Walter 220
 Hart, H. L. A. 21, 260
 Hesse, Konrad 22
 Heuer, Uwe Jens 90 f
 Hirsch, Günter 121 f, 141
 Hitler, Adolf 189, 206
 Humboldt- Universität 90 f, 98
 Hungerstreik 71–73

 Ideologie 28–30, 83, 90, 134, 152, 165, 257
 Islamischer Staat (IS) 54
 Italien 29, 118, 182, 239, 259

 Jestaedt, Matthias 25–27, 29, 31, 243, 264
 Jhering, Rudolf von 144, 146
 Juristen (~stand, ~profession) V, 30, 80, 89 f, 93, 96–98, 101, 139, 157, 159 f, 204, 206, 216, 219 f, 227, 238, 243–245, 254, 258, 268
 – ~ausbildung 96, 247
 – ~autonomie 248
 Juristenrecht 244, 263, 272
 Juristentag 166 f, 169, 183
 Juristisches Feld 159, 161, 180, 184, 213 f, 216, 244

 Kaiserreich 84, 96 f, 112, 143, 146, 148
 Kant, Immanuel 146, 180
 Kantorowicz, Hermann 144
 Katholizismus 30, 188
 „Klassenjustiz“ 147
 Klenner, Hermann 90–92, 97
 Konstitutionalisierung 218, 222, 241, 251, 259

- KPD, Kommunismus 32, 188, 98
- Kriegsgefangene 53, 69
- Kriminalität 40, 54
- KSZE-Schlussakte von Helsinki 86 f
- Kündigungsschutz 164, 184
- „Landshut“-Entführung 38, 55, 286
- Legitimität 39, 48–50, 54–56, 60 f, 64, 68–70, 94, 102 f, 106, 108, 140, 144, 146 f, 161, 166, 183, 188, 199 f, 221
- Leiharbeit 164
- Lepsius, Oliver 194, 238
- Liberal – antiliberal 28, 30, 31, 66, 68, 105, 158, 163, 165, 166, 168, 244, 263
- Liberales Demokratien V, 102
- Liberalismus V, 29–31, 66, 102, 105, 165, 168, 240, 244 f, 263 f
- Neo-~ 163
- Ordo-~. 173
- Sozial-~ 158
- Linksterrorismus *siehe* Terrorismus
- „Linoleumrolle“ – Entscheidung des RG 1911 127, 130, 145–148, 292
- Luhmann, Niklas 9, 13, 80, 102, 159, 237, 241 f, 283
- Madsen, Mikael 214
- Magna Charta (1215) 260
- Markovitz, Inga 81
- Marktwirtschaft 26, 158, 173
- Marxismus 52, 54, 93
- „Maßnahmenstaat“ 188, 193, 205
- Mauerbau 84
- Mediation (Gesetz 2012) 263
- Medizin 2
- Mehrheitswillen 102
- Meinhof, Ulrike 34, 67, 70, 73
- Menschenrechte / ~skonvention 117, 224, 241
- Michael Kohlhaas 146
- Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) 84 f
- Ministerrat (EU) 213
- Mitbestimmung (betriebliche, überbetriebliche) 157, 173, 182 f
- Moderne 9, 12, 14, 20, 27, 80, 88, 146, 238, 240, 255, 259
- Möllers, Christoph 121 f, 284
- Moral 8, 10 f, 13, 26, 28 f, 32, 85, 189, 195, 237 f, 243, 252, 254, 258, 261, 269
- Müller-Jentsch, Walter 156, 182
- Nathan, Hans 96–100
- Nationalsozialismus, NS-Regime, NS-Diktatur 48, 66, 88, 134, 146 f, 153, 176, 185–194, 205 f, 238 f, 241, 244 f, 256, 258, 262
- Naturrecht (nach 1945), 30, 31, 93, 195, 240, 241, 242, 276

- Neumann, Franz L. 177, 191
- Nipperdey, Hans Carl 156, 158, 177, 183
- „Normenstaat“ 192–194, 205
- öffentliche Meinung,
Öffentlichkeit 60, 67, 71, 74f, 84, 87, 99, 103, 108, 115, 147, 170, 218
- Ökonomie *siehe* Wirtschaft
- Ölkrise 152, 161
- Österreich 182, 255f
- Pädagogik 2
- Patel, Kiran Klaus 225f, 242, 244, 248, 265
- Pauer-Studer, Herlinde 189
- Politbüro 82, 86
- Politik 11, 29, 31, 54, 60f, 74, 78–80, 90f, 93, 96, 99f, 105f, 108, 117–119, 159f, 172, 181, 192, 194f, 202, 207, 227, 229, 237, 239, 243, 252, 254, 258, 260–162, 267, 269
- Politikvorbehalt, NS u. DDR 192, 239, 258
- Politikwissenschaft 2, 152, 158, 236, 267
- Positivismus *siehe* Rechtspositivismus
- Professuren für Arbeitsrecht 160
- Prostitution 85
- Protestantismus 30f
- Psychologie 2, 266
- Radbruch, Gustav 146, 241
- RAF (Rote Armee Fraktion) 33–39, 47, 53, 56, 63–68, 70f, 73f
- Rasmussen, Morten 219
- Raspe, Jan-Carl 67, 73
- Recht und Politik 80, 91, 100, 117, 165, 195, 237, 243, 261, 286
- Recht und Moral 10, 189, 195, 237, 259, 261
- Rechtsbegriff 5, 199
- Rechtsdogmatik 7, 47, 143, 151, 156, 158, 160, 165, 236, 262, 265
- Rechtserzeugung 12, 18f, 21, 203–205
- Rechtsgefühl 129, 145–148, 274
- Rechtsgefühl 129, 145–148
- Rechtsgeschichte 7f, 65, 88
- Rechtskritik 267
- Rechtsmethodik 7
- Rechtsppluralismus 242, 291
- Rechtspositivismus 8, 10, 25, 29f, 82f, 189, 204f
- Positivistischer Rechtsbegriff 8–10, 25, *siehe auch* Gesetzespositivismus
- Rechtssprechung VI, 14, 20, 80f, 86, 98, 130f, 133, 138, 165, 228, 243, 256, 266
- Rechtssicherheit 17, 59, 190, 192, 242
- Rechtssoziologie 7, 102, 144, 159, 237, 241, 244, 247
- Rechtsstaatlichkeit 27, 29, 61, 192

- Rechtsvernichtung 15, 18 f
 Rechtswissenschaft 7 f, 28,
 52, 85, 89–93, 101 f, 124,
 144–146, 199, 211, 221, 242,
 245, 251, 262–268
 Rehder, Britta 155, 158, 263,
 286
 Reichs- und Staatsangehörig-
 keitsgesetz von 1913 106–
 108, 111 f
 Reichsgericht 125, 128, 130,
 134–137, 145, 147, 178,
 186, 264
 Reichstagsbrandverordnung
 187 f
 Religion 6, 11, 237 f, 244, 252,
 254, 269
 Reuter, Dieter 167 f, 287
 Richardi, Reinhard 157
 Richter V, 7, 68, 75, 82 f, 96–
 98, 104, 121–126, 128–136,
 138–142, 144–150, 192–194,
 201 f, 213, 220, 243–251,
 254–260, 266
 – Arbeits~ 151, 155–158,
 160, 166, 170 f, 175, 178
 – Richterhaltungen 249
 – richterliche Gesetzesbin-
 dung 80, 123, 143, 245, 260
 Richterrecht 122, 138, 143,
 149, 155, 156, 201, 244,
 247, 266
 Römische Verträge 210, 213,
 219
 Rousseau, Jean-Jaques 240
 Rückert, Joachim 63, 73, 79,
 88, 96, 192, 209, 248
 Rudischhauser, Sabine 182
 Rüthers, Bernd 91, 122, 166,
 190, 238, 247
 Sacriste, Guillaume 214
 Säkularisierung 9
 Sattelzeit 255
 Schlegelberger, Franz 189
 Schmidt, Helmut 106, 139
 Schmitt, Carl 28, 58, 187,
 188, 190
 Schönfelder Heinrich 239
 Schuldprinzip 42, 50 f, 61
 Schuldrechtsreform 268
 Schweiz 179
 secondary rule 21, 260
 SED 78–80, 84, 86, 99
 Simon, Dieter 122 f, 291
 Sinzheimer, Hugo 144
 „Sozialisierung“ 176
 Sozialdemokratie, SPD 105,
 111, 158, 177
 „Sozialpartnerschaft“ 182
 Sozialrecht 251
 Sozialwissenschaften 163,
 165, 172
 Soziologie 2, 7, 159, 211–213,
 216, 221, 227, 237 *siehe*
 auch Rechts~
 Spanien 29
 spatial turn 65, 67
 Springer-Presse 74
 Staat 32–35, 38 f, 50, 55 f,
 58–60, 63 f, 66–71, 74,
 77–79, 81, 83, 86–90, 92,
 94, 100–102, 108, 115, 117,
 142, 159, 187, 191, 209,
 233, 240, 243, 246, 249,
 253, 261, 268

- Staatsangehörigkeit(recht) 103–120, 236
- Staatsbürgerschaft der DDR
siehe DDR
- Stalinismus 93
- Stammheim (-verfahren, JVA) 48, 50, 52, 55, 64–70, 73
- Stolleis, Michael 78, 190, 193
- Strafgesetzgebung 33, 63
- Strafprozessrecht StPO
- Strafrecht VI, 33, 35, 37–43, 46 f, 52, 57–59, 63, 66, 68, 82, 84 f, 158, 177, 193, 248 f, 251, 255, 259, 264, 266
- Strafverteidiger 69
- Streik (recht) 148, 152, 155 f, 181, 247
- Systemtheorie V
- Tarifvertrag 151–154, 156, 162–170, 178 f, 182 f, 247, 250
- Terrorismus, Links~ 37, 40–42, 44, 54, 56 f, 59–61, 63, 67, 236, 248
- Thiessen, Jan 143, 145–147, 149, 248
- Topalov, Christian 216 f, 293
- Treuhänder der Arbeit 176
- Ulbricht, Walter 91 f, 99 f
- Unabhängigkeit der Richter V, 79, 246
- Unionsrecht *siehe* Europäische Union
- Universität 48, 90, 96, 98, 139, 263
- Unternehmen, Unternehmerverbände 128, 151–153, 155, 158, 161 f, 164–167, 171 f, 179, 198, 251
- USA 51, 100, 169, 185
- van Leeuwen, Karin 219
- Vaucher, Antoine 213, 214, 215, 217, 220, 284, 287, 293
- Verbraucherrecht 250 f
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit 31
- Vereinte Nationen (UN) 41, 86, 224
- Verfahrensrationalität 182
- Verfassung, ~srecht 14–19, 21–23, 28, 34 f, 41–46, 51, 56–60, 79, 102–104, 108, 117, 154, 170, 196, 200–202, 219, 230, 236, 241, 246, 251, 254, 259–261, 264
- der DDR 79, 83, 86, 256
- Verrechtlichung 82, 94, 164, 251 f
- Verwaltungsrecht 14, 16, 19, 101, 104, 199 f, 204, 249, 251
- „Volksgemeinschaft“ 187, 190–192, 194, 205 f, 277, 282
- Volksgesetzbuch (Entwurf 1942) 257
- Weimarer Republik 18, 88, 96 f, 107, 157, 154 f, 172, 175 f, 178, 187, 239

- ~ Verfassung 177, 188, 239
Weiss, Manfred 183
Wendeling-Schröder, Ulrike
167
Wertungsjurisprudenz 262
Wiedervereinigung 110, 113,
118f, 157, 183
Wildt, Michael 204f, 207, 238
Wilhelm II., Deutscher Kai-
ser 127
Wirtschaft VI, 11, 25, 27, 90,
92, 130–132, 151, 159, 172,
198, 237, 240, 243, 252
Wirtschaftspolitik 158, 162f,
170
Wirtschaftspresse 169
Wirtschaftsrecht 121, 125–
127, 141, 143, 236, 248f
Wirtschaftsverband 152, 157,
171
Wirtschaftswissenschaften
163–165, 172
Wucher 134, 147
Zeitgeschichte 31, 144f, 149,
211, 224, 237f
Zweistaatlichkeit 94
Zweiter Weltkrieg 6, 29